

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Peter Glotz MdB, Berlins  
Senator für Wissenschaft  
und Forschung, setzt sich  
mit der jüngsten Geißler-  
Dokumentation auseinander:  
Schlichte Sinnlosigkeit.  
Seite 1/2

Heinz Westphal MdB, Vor-  
sitzender des Arbeitskrei-  
ses "Öffentliche Finanz-  
wirtschaft" der SPD-Bundes-  
tagsfraktion, äußert sich  
zu der Frage der Begrenzung  
des kommunalen Hebesatzes:  
Sozialdemokraten stehen zum  
Ja zur kommunalen Selbst-  
verwaltung.  
Seite 3/4

Karsten D. Voigt MdB, Ge-  
schäftsführer der Initiati-  
ve für Frieden, Internatio-  
nalen Ausgleich und Sicher-  
heit, untersucht die sowje-  
tischen Abrüstungsangebote:  
Dem Versuch der Rüstungs-  
kontrolle gebührt der poli-  
tische Vorrang. I  
Seite 5-7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 214 / 7. November 1979

### Schlichte Sinnlosigkeit

Heiner Geißler, der Populismus und die Union  
Von Peter Glotz MdB  
Senator für Wissenschaft und Forschung, Berlin

Alle sensiblen Beobachter der politischen Szenerie der Bundesrepublik sind sich über eines einig: Wenn die Wahlaufeinander-  
setzung von 1980 ein Wettbewerb der inhaltslosen Aggres-  
sion wird und die Probleme der achtziger Jahre unter den Tep-  
pich kehrt, verlieren alle demokratischen Parteien. Dann  
gewinnen populistische Strömungen; dann wird der Überdruß  
an der Parteiendemokratie politisch relevant.

In dieser politischen Situation ist es gleichzeitig komisch  
und deprimierend, daß ausgerechnet der Generalsekretär der  
CDU, der einen wichtigen Teil seiner Kraft der Verteidigung  
der CDU gegen Strauß widmen muß, der Sozialdemokratie eine  
"Identitätskrise" vorwirft. Statt selbst Zukunftsperspekti-  
ven für die achtziger Jahre zu formulieren, läßt er Fleiß-  
arbeiten über "innere Widersprüche" in der SPD zusammen-  
stellen. Heiner Geißler stolpert wieder einmal über selbst  
gefertigte Dokumentationen in die falsche Richtung.

Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß die deutsche So-  
zialdemokratie um die Bewältigung schwerwiegender Zukunfts-  
probleme hart ringt. Die Rolle der Kernenergie bei der künf-



tigen Energieversorgung, die Probleme der Abrüstung in Europa oder das drohende Abdriften eines Teils der jungen Generation erzwingen in einer Volkspartei kontroverse Debatten. An jeder dieser Kontroversen muß sich die "Identität" einer Volkspartei neu erweisen; aus manchen dieser Debatten wird eine diskutierende Partei verändert hervorgehen. Dies als "Vorwurf" herumzureichen, ist von schlichter Sinnlosigkeit.

Umgekehrt: Die CDU muß sich fragen, wie sie eigentlich ihren Anspruch, Volkspartei zu sein, aufrecht erhalten will, wenn sie das komplizierte Thema der Kernenergie ohne Debatte zu den Akten legt. Wie kommt es, daß eine weitgefächerte Partei, in der Menschen aus unterschiedlichen Schichten mit unterschiedlichen Erfahrungen zusammenarbeiten, ein viele westeuropäische Gesellschaften bewegendes Thema in jeweils zehn Minuten erledigt? Wie rechtfertigt es Heiner Geißler, daß - während SPD und FDP um Sachfragen ringen - die CSU einen ganzen Parteitag mit der Erhöhung des Parteibeitrags und der Erhöhung der Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden verbringt? Nur mit der Entschuldigung, daß er für die bayerischen Schwestern und Brüder nicht zuständig ist?

Es kann nicht um hämische Aufrechnungen gehen. Es ist zu begrüßen, daß in dem Streit um Gesamtschule oder dreigliedriges Schulsystem Werner Remmers und die niedersächsische CDU ihre Position gegen die bayerisch-baden-württembergische Blockade markiert haben. Aber wo ist der Widerspruch der katholischen Arbeiterbewegung gegen die wirtschafts-liberale Euphorie konservativer "Medienpolitiker", was neue private Fernsehprogramme betrifft? Oder gibt es in der CDU neuerdings keine Mütter mehr, die sich kritisch fragen, warum amerikanische Vorschulkinder 30,4 Stunden pro Woche fernsehen? Und wo äußert sich die Junge Union gegen den Anspruch von Strauß, Becker und Czaja, Deutschland in den Grenzen von 1937 wieder herzustellen?

Ja, Geißler hat recht: In der Sozialdemokratie gibt es Konflikte. Wir tragen sie aus, wir müssen sie austragen. Die Gegenfrage lautet: Wie will die CDU/CSU Volkspartei bleiben, wenn sie die dicken Problemknoten der achtziger Jahre durch rasch abgestimmte Formelkompromisse erledigt? Wie will sie verhindern, daß ihre Substanz ausrinnt, während sie die junge Generation, die katholischen Arbeiter, die konfessionellen Elemente der Frauenbewegung zum Stillhalten zwingt, um das Spiel von Strauß nicht zu stören?

Der Versuch, Strauß durch eine Kanzlerkandidatur dauerhaft ruhig zu stellen, kann hohe soziale Kosten verursachen, nicht nur für die Union.

(-/7.11.1979/bgy/ca)

+ + +



## Begrenzung des kommunalen Hebesatzrechtes ?

Sozialdemokraten stehen zum Ja zur kommunalen Selbstverwaltung

Von Heinz Westphal MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises "Öffentliche Finanzwirtschaft" der SPD-Bundestagsfraktion

Als eine Konsequenz der Steuerentlastungsgesetze nach dem Weltwirtschafts-Gipfel 1978 wird die Wirtschaft ab 1. Januar 1980 durch die Beseitigung der Lohnsummensteuer und durch Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbeertragsteuer entlastet. Darüber hinaus sind weitere Senkungen bei der Gewerbesteuer für das Jahr 1981 bereits beschlossen. Zum Ausgleich des durch den Fortfall der Lohnsummensteuer bedingten Steuerausfalls ist der Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer von 14 Prozent auf 15 Prozent erhöht und die Gewerbesteuerumlage, die die Gemeinden an Bund und Länder abzuführen haben, um ein Drittel gesenkt worden. Das bedeutet im Rechnungsjahr 1980 eine Übertragung von 4,2 Milliarden DM von Bund und Ländern an die Gemeinden.

Der Bundesgesetzgeber konnte - gemäß dem Grundgesetz und der darin enthaltenen Steuerhoheit der Gemeinden für die Bestimmung der Hebesätze bei Gemeindesteuern - nur eine Globalregelung des Ausgleichs treffen, die für alle Gemeinden gilt und deren Konsequenz es ist, daß Vorteile mit Steuermehreinnahmen bei dem Teil der Gemeinden entstehen, die keine Lohnsummensteuern erhoben haben.

So erhalten die Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erhoben haben, aufgrund dieser globalen Ausgleichsregelung des Steueränderungsgesetzes 1979 zusätzliche Einnahmen, die sich 1980 auf etwa 2,4 Milliarden DM belaufen werden. Es war der gemeinsame Wille aller am politischen Entscheidungsprozeß zum Lohnsummensteuerausgleich Beteiligten, daß die Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erheben, ihre Mehreinnahmen an die Wirtschaft in Form einer Hebesatzsenkung weitergeben. Es sei daran erinnert, daß dieses Ausgleichsmodell (Überlassung eigener Steuereinnahmen) als selbstverwaltungsgerecht akzeptiert worden ist und sich gegen ein anderes Modell durchsetzte, welches zwar die Verbesserung des kommunalen Finanzausgleichs vorsah, aber nicht die Zustimmung der Kommunen fand. Die selbstverwaltungsgerechte Lösung setzt allerdings voraus, daß die bevorteilten Gemeinden von sich aus die Entlastungen durch eine Hebesatzsenkung weitergeben. Auf der anderen Seite gehört zu diesem Modell, daß die Gemeinden, die die Einnahmen aus der Lohnsummensteuer verlieren, ihre bisher im Vergleich niedrigeren Hebesätze bei Gewerbeertrag und -kapital aufstocken. Insbesondere in Nordrhein-Westfalen gehen zur Zeit die Gemeinden an die schwierige und unerfreuliche Aufgabe heran, die Hebesätze für die Gewerbeertrag- und Gewerbekapitalsteuer um etwa 15 Prozent zu erhöhen. Sie werden damit einen Teil der Einnahmeverluste des Fortfalls der Lohnsummensteuer eigenverantwortlich ausgleichen. Zusätzlich zu den globalen Verbesserungen der Gemeindefinanzen aus dem Steueränderungsgesetz 1979 helfen dabei Bund und Land auf indirekte Weise im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs, damit insbesondere den hart getroffenen Ruhrgebietsstädten der Anpassungsvorgang erleichtert wird.

So könnte - insgesamt gesehen - trotz aller Differenziertheit im Einzelnen ein mittleres, vergleichbares und vertretbares Niveau der Hebesätze bei den Gewerbesteuern entstehen, wenn, ja wenn der umgekehrte Angleichungsprozeß bei den Hebesätzen in den meist süddeutschen Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erhoben haben, tatsächlich vor sich gehen würde. Augsburg, Nürnberg und Stuttgart geben dabei gute Beispiele, München nicht.

Auch die Enttäuschung der Wirtschaft darüber, daß nicht wenige Gemeinden die Hebesätze



nun doch nicht entsprechend senken, ist durchaus verständlich. Der Vorwurf, daß der Bundesgesetzgeber es unterlassen habe, die Gemeinden zu einer Hebesatzsenkung gesetzlich zu verpflichten, muß allerdings zurückgewiesen werden. Eine solche Regelung hätte einen unzulässigen Eingriff in das in Artikel 106 Absatz 6 Satz 2 Grundgesetz zwingend vorgeschriebene Hebesatzrecht der Gemeinden bedeutet. Zum Wesen dieses Hebesatzrechtes gehört es, daß die Gemeinden im Rahmen der gesetzlichen Grenzen frei darüber entscheiden können, welche Hebesätze sie festsetzen.

Paragraph 16 Absatz 5 des Gewerbesteuergesetzes überläßt es den Bundesländern, ob sie und welche Höchsthebesätze sie für die Gemeinden festsetzen wollen. Die Erfahrungen mit solchen Höchsthebesätzen zeigen jedoch, daß schematische Regelungen unzweckmäßig sind und daß solche Höchsthebesätze mit Genehmigung der Gemeindeaufsichtsbehörde immer wieder überschritten werden. So wundert es nicht, daß einige Länder eine Genehmigung der Hebesätze durch die kommunalen Aufsichtsbehörden gar nicht erst vorgesehen haben. Steuerkraft und Finanzbedarf sind von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich, und damit bleibt die prinzipiell richtige Antwort die eigene Hebesatzfestlegung durch die Gemeinde-Parlamente als Ausfluß des Selbstverwaltungsrechts.

Wir Sozialdemokraten stehen zu unserem Ja zur kommunalen Selbstverwaltung. Wir wenden uns gegen Drohungen, dieses Recht auszuhöhlen und das Hebesatzrecht der Gemeinden einzuschränken. Doch wir erwarten, daß die Gemeinden das ihnen verbriefte Recht ernst nehmen und sich selbst "Höchsthebesätze" verordnen - nicht nur im Interesse der heimischen Wirtschaft, sondern auch im Interesse des demokratischen Zusammenspiels im Gesamtstaat. Wir brauchen bei der Hebesatzsenkung im "Süden" genauso viel selbst auferlegte Disziplin, wie sie bei den Hebesatzanhebungen im "Norden" bereits deutlich geworden ist.

(-/7.11.1979/va-he/ca)

+

+

+



## Dem Versuch der Rüstungskontrolle gebührt der politische Vorrang (Teil I)

Anmerkungen vor der NATO-Ratstagung und dem SPD-Bundesparteitag

Von Karsten D. Voigt MdB

Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit

Zehn Jahre Entspannungspolitik haben in Europa den Frieden sicherer gemacht. Die Entspannungspolitik schlug über trennende Gräben und Mauern hinweg Brücken, die die Zusammenarbeit und Vertrauensbildung förderten.

Die Entspannungspolitik konnte erfolgreich begonnen, die Ostverträge und insbesondere das Viermächteabkommen über Berlin unterzeichnet werden, obwohl der Rüstungswettkampf zwischen Ost- und West bisher trotz des Teststoppabkommens, des ABU-Vertrages, des SALT-I-Abkommens und weitere Rüstungskontrollabkommen nicht beendet wurde.

Nach wie vor stehen sich in Europa zwei bis an die Zähne bewaffnete Militärblöcke gegenüber. Nach wie vor verläuft das Handlungsmuster im Ost-West-Verhältnis bruchlos nach dem Schema: Auf jede neue Rüstungsmaßnahme der einen Seite antwortet die andere Seite mit noch moderneren Waffensystemen.

Die bisher unbesiegbar erscheinenden Automationen im Rüstungswettkampf zwischen Ost und West durch politische Vergaben und politisches Handeln außer Kraft zu setzen, ist das Rüstungskontrollpolitische Kernproblem der gegenwärtigen Diskussion über die Einführung neuer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa.

Wir befinden uns an einem Scheideweg der Ost-West-Beziehungen: Entweder es gelingen uns in den kommenden Monaten und Jahren Schritte zur gemeinsamen Begrenzung und schrittweisen Verringerung der Rüstungen in Ost und West oder ein unkontrollierter Fortgang des Rüstungswettkampfes verursacht neues Mißtrauen. Die politische Konfrontation zwischen Ost und West würde wiederbelebt werden.

Wenn die Politiker in Ost und West nicht alle Möglichkeiten zur kooperativen Lösung der Probleme des Rüstungswettkampfes nutzen, ist ihr Versagen schuld an einem möglichen Rückfall in längst vergessen geglaubte Zeiten des Kalten Krieges.

Weder NATO noch Warschauer Pakt wollen den Krieg in Europa. Weder die Sowjetunion mit ihren Verbündeten, noch die Vereinigten Staaten mit ihren Allianzpartnern tragen sich mit Angriffsabsichten. Führende Politiker aus Ost und West haben wiederholt erklärt, daß sie nicht nach einseitigen militärischen Vorteilen und militärischer Überlegenheit streben, sondern ein ungefähres militärisches Gleichgewicht vertraglich vereinbaren wollen.

Die Gesamtbilanz der militärischen Kräfte und Fähigkeiten ist weltweit zwischen Ost und West nach wie vor ungefähr ausgeglichen. Im Bereich der strategischen Interkontinentalwaffen wurde dieses Gleichgewicht inzwischen durch das SALT II-Abkommen vertraglich festgeschrieben. Wir Sozialdemokraten unterstützen diesen Vertrag und drängen auf seine baldige Ratifizierung durch den Senat der USA.

Im Bereich der konventionellen Streitkräfte besteht in Mitteleuropa ein Ungleichgewicht zugunsten des Warschauer Paktes. Die Wiener MBFR-Gespräche sind die Verhandlungsebene, auf der versucht wird, schrittweise ein ungefähres Kräftegleichgewicht in Mitteleuropa zu vereinbaren. Diese Verhandlungen haben bereits bisher über den Austausch von Daten hinaus zur Annäherung in wichtigen Grundsätzen und Verfahrensfragen geführt.



Die Ankündigung Leonid Breschnews, 20.000 Mann Militärpersonal und 1.000 Panzer aus der DDR abzuziehen, ist auch in der militärischen Substanz ein positives Symbol für die Wiener MBFR-Verhandlungen. Diejenigen, die Breschnews einseitige Ankündigung als bloße Propaganda abtun wollen, hätte ich hören mögen, wenn durch die Sowjetunion statt des Abzuges die Verstärkung um 20.000 Mann Militärpersonal und 1.000 Panzer in der DDR angekündigt worden wären. Aus dem Munde derjenigen amerikanischen Politiker, die vor kurzem noch bereit waren, wegen einer wesentlich geringeren Zahl sowjetischer Militärs auf Kuba das gesamte SALT II-Abkommen infrage zu stellen, klingen derartige Abqualifizierungen der Breschnew-Rede besonders unglaubwürdig.

Auf diese Ankündigung, die Generalsekretär Leonid Breschnew im Namen des Warschauer Paktes vortrug, sollte die NATO deshalb ebenfalls mit einem militärisch substantiellen symbolischen Schritt antworten. Überlegungen innerhalb der NATO, einseitig dem Abzug von 1.000 Atomsprengköpfen aus Westeuropa anzukündigen, weisen in die richtige Richtung. Weitere zusätzliche politische Impulse sind bei den MBFR-Verhandlungen erforderlich. Hierbei ist insbesondere auch zu wünschen, daß der Westen im Rahmen der MBFR-Verhandlungen bald konkrete Vorschläge für eine erste Vereinbarung im MBFR-Rahmen zur Verringerung der konventionellen Streitkräfte insbesondere der USA und der UdSSR und auch Vorschläge für begleitende Maßnahmen einbringt. Sowohl die NATO als auch der Warschauer Pakt sind bereit, über Mittelstreckenwaffen zu verhandeln. Seit vielen Jahren war vorhersehbar, daß die Sowjetunion veraltete Mittelstreckensysteme irgendwann durch qualitativ neue Systeme ersetzen würde. Insofern war auch die Problematik der SS-20-Rakete für den Westen prinzipiell vorhersehbar. Es ist deshalb bedauerlich und auch westlichen Politikern anzulasten, wenn nicht bereits vor Jahren, sondern erst jetzt in der NATO - und auch jetzt erst auf Drängen der Bundesregierung - unter dem aktuellen Druck der Einführung der modernen sowjetischen SS-20-Mittelstreckenrakete und des sowjetischen Backfire-Bombers Verhandlungs- und Rüstungskontrollkonzeptionen zum Bereich der Mittelstreckenwaffen entwickelt worden sind.

Es wird heute behauptet, daß ohne eine Entscheidung über die Produktion und Stationierung zusätzlicher hochmoderner amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa die Sowjetunion nicht zu erfolversprechenden Verhandlungen über ihre Mittelstreckenpotentiale zu bewegen gewesen wäre. Diese Behauptung ist nicht zu widerlegen. Der Westen hat seinerseits aber auch nie den Versuch gemacht, die Sowjetunion bereits vor Jahren vor der Einführung der SS-20 und lange vor der jetzt für Dezember geplanten westlichen Produktions- und Stationierungsentscheidung mit rüstungskontrollpolitischen Vorschlägen zu konfrontieren, die auch für die NATO sicherheitspolitisch tragfähig sind. Dieses Versäumnis in der Vergangenheit sollte uns mahnen, jetzt auch bald für die nuklearen Kurzstreckensysteme und Gefechtsfeldwaffen, die bisher noch nicht in Verhandlungen einbezogen sind, Rüstungskontrollkonzeptionen zu entwickeln.

Heute stehen wir vor der Tatsache eines sich aufbauenden sowjetischen Übergewichtes im Bereich der Mittelstreckenwaffen. Dieses sich aufbauende Übergewicht erhöht militärpolitische Bedeutung aufgrund

1. der Vereinbarung der Parität bei den strategischen Interkontinentalwaffen im SALT II-Abkommen und
2. der qualitativ neuen technischen Eigenschaften der SS-20-Rakete und der Backfire-Bomben und der damit verbundenen zusätzlichen militärstrategischen Optionen (zum Beispiel größere Reichweite, Mobilität, Mehrfachsprengköpfe, Nachladefähigkeit, Treffgenauigkeit).

Trotz dieses sich aufbauenden sowjetischen Übergewichtes im Mittelstreckenbereich besteht gegenwärtig weder von den Absichten noch von den militärischen Fähigkeiten der UdSSR her eine Lage, die die Befürchtung einer zu erwartenden sowjetischen Bedrohung oder Erpressung rechtfertigen könnte.



Es besteht kein Anlaß, die gegenwärtige militärische Lage in Europa zu dramatisieren. Wer Hektik verbreitet und Ängste schürt, schafft eine politische Atmosphäre, in der das für erfolgreiche Rüstungskontrollverhandlungen erforderliche Vertrauen nicht ge-  
deihen kann. Er trägt dazu bei, den sowieso schon viel zu verbreiteten konservativen Irrationalismus in sicherheitspolitischen Fragen weiter zu fördern.

Die Rede Leonid Breschnews enthält ein Verhandlungsangebot, das nicht zerredet werden darf. Dies Angebot sollte auch in der Substanz ernst genommen und konstruktiv beantwortet werden.

Die Sowjetunion ist bereit, die Zahl ihrer Trägersysteme für Mittelstreckenwaffen zu verringern und ihre westlichen Gebiete in Rüstungskontrollverhandlungen einzubeziehen. Die Rede Breschnews in Ost-Berlin und sein Interview vom gestrigen Tage enthalten allerdings über Andeutungen hinaus noch keine ausdrückliche Erklärung, daß die Sowjetunion auch bereit wäre, die Zahl ihrer modernen Mittelstreckenwaffen, die SS-20-Rakete und den Backfire-Bomber, zu begrenzen oder gar zu verringern. Sie enthält auch kein Angebot, ihrerseits auf die Produktion und Stationierung zusätzlicher SS-20-Raketen und Backfire-Bomber zu verzichten, falls und solange wie die NATO auf eine Entscheidung über eine Produktion und Stationierung von Pershing II-Mittelstreckenraketen und Cruise-Missile-Marschflugkörper verzichten würde. Vielleicht kann der bevorstehende Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in Bonn hier noch mehr Klarheit über die mit Breschnews Rede verbundenen Intentionen und über mögliche Inhalte und Ziele von Rüstungskontrollverhandlungen bringen.

Bei nüchterner Analyse muß man feststellen, daß die bisher bekannten sowjetischen Äußerungen zum Bereich der Problematik der Mittelstreckenwaffen keine Tatsachen enthalten, die die militärpolitischen Voraussetzungen der für Dezember dieses Jahres geplanten NATO-Entscheidungen verändern würden.

Dies wäre möglicherweise anders zu beurteilen gewesen, wenn Leonid Breschnew in seiner Rede und in seinen Briefen ein Moratorium für die Produktion und Dislozierung der SS-20-Rakete und der Backfire-Bombers für den Fall und für die Zeitdauer einer Aussetzung der NATO-Entscheidung über Produktion und Stationierung der Perking II-Rakete und der Cruise-Missile-Marschflugkörpers angekündigt hätte.

Unter diesen Voraussetzungen kann nach wie vor davon ausgegangen werden, daß die NATO auch nach der Erklärung im Dezember eine Entscheidung über Produktion und Stationierung von neuen Mittelstreckenwaffen treffen wird. Diese Entscheidung wird mit einem Angebot zu Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion verbunden sein.

Die NATO-Entscheidung im Dezember sollte in Ost und West weder positiv noch negativ überbewertet werden. Eine NATO-Entscheidung im Dezember würde die notwendige weitere Diskussion über die Stationierung von Mittelstreckenwaffen und sinnvolle rüstungskontrollpolitische Verhandlungskonzeptionen nicht beenden. Ebenfalls würde eine Verschiebung der NATO-Entscheidung oder eine Veränderung ihres ursprünglich vorgesehenen Inhaltes die NATO nicht vor unlösbare Probleme stellen. (-/7.11.1979/ks/ca)

(Teil II in der morgigen Ausgabe)

Verantwortlich: Willi Carl

